



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die neue Stellung der Presse.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die neue Stellung der Presse.

„Wir wollen den Herren Literaten Pressfreiheit geben, aber wir wollen den Galgen daneben aufrichten!“ rief Herr v. Thadden-Triglass, der Ritter der pomerschen La Mancha, auf dem vereinigten preussischen Landtage aus. „Wir wollen Aufhebung der Censur, aber aus verschiedenen Gründen!“ erklärte die zweite Curie derselben Versammlung. Die einen fanden nämlich, daß die Presse zu wenig Freiheit habe, die andern, daß die „wenigen Schreier, welche das gute Volk verführen,“ unter dem väterlichen Schutz der Censur mit zügelloser Frechheit ihren hochverrätherischen Gelüsten nachgehen dürften. Man sieht also, daß „Pressfreiheit“ eine verschiedene Bedeutung hat, daß man diesen Namen als Waffe sowohl für als gegen die wirkliche Freiheit der Presse zu wenden weiß. Gleichzeitig circulirte ein Entwurf des neuen Pressgesetzes, den man allgemein dem deutschen Bundestag oder wenigstens den Vertretern Preußens auf demselben zuschrieb. Darin hieß es §. 1 ungefähr so: „Die Präventivmaßregeln gegen die Presse sind aufgehoben.“ §. 2. „24 Stunden vor dem Ausgeben der Schriften müssen dieselben der Polizei vorgelegt werden, welche sie mit Beschlagnahme belegen kann bis zum Ausspruch des Gerichts.“ §. 3. „Das Gericht hat die Verpflichtung, alle Schriften, die irgendwie Anstoß erregen können, zu verbieten und zu vernichten.“ §. 4. „Außerdem werden die Verfasser, Verleger, Drucker, Setzer und Correctoren solcher verbotenen Schriften bestraft.“ §. 5. „Auch wenn das Gericht sie freigibt, hat doch ein von dem Bundestag eingesetztes Polizeiamt das Recht, sie aus Gründen der höhern Wohlfahrt zu vernichten.“

Hausmann hatte vollkommen Recht, wenn er meinte, die Literaten würden auf den Knieen um Wiedereinführung der Censur bitten, wenn ihnen eine derartige Pressfreiheit gewährt wäre.

Bisher antworteten die deutschen Regierungen ihren Ständen, wenn sie Pressfreiheit verlangten, sie könnten es nicht gewähren, der Bundestag erlaube es nicht. Nun hat der Bundestag eine officielle Erklärung abgegeben, er erlaube den einzelnen Regierungen, ihre Pressangelegenheiten selbstständig zu ordnen. In den meisten kleinen Staaten ist das bereits geschehen, unter dem Einfluß der französischen Revolution und der dadurch angeregten deutschen Bewegung. Nur Preu-

ßen hat mit der diesem Staat angeborenen Erbweisheit ein Manifest erlassen, in dem ungefähr gesagt wird, man sehe wohl ein, das alte System ließe sich nicht halten, man wolle es aber vorläufig doch halten.

So lange Preußen nicht Pressfreiheit gibt, ist die von den übrigen deutschen Mächten — noch dazu nur provisorisch garantierte Freilassung der Presse ein halbes Wesen, denn man schreibt nicht für diesen oder jenen deutschen Staat, man schreibt für Deutschland, und wenn Preußen alle die im „Ausland“ erscheinenden Schriften verbietet — wozu es wenigstens leicht das Gelüst haben könnte, so wäre die Wirksamkeit des freien Worts an allen Enden gehemmt.

Andererseits ist es für Preußen, schon seiner geographischen Lage nach, unmöglich, auf längere Zeit die Literatur seiner deutschen Brüder von sich auszuschießen. Es ist unmöglich, ein von den andern wesentlich verschiedenes Pressgesetz aufrecht zu halten. Entweder wird es also versuchen, in Sachsen, Hessen u. s. w. eine reactionäre Bewegung hervorzurufen und durch sein Ansehn zu unterstützen, oder — es wird, willig oder unwillig — der Bewegung folgen müssen.

Es wäre wider alle menschliche Berechnung, wenn die Reaction wieder durchdringen sollte. Wenn nicht Ereignisse der wunderbarsten Art eintreten, ist die Aufhebung der Censur ein fait accompli. Es fragt sich nur, was an deren Stelle treten soll.

Und da sehen wir uns zuvor genöthigt, dem Vorurtheil so mancher ehrlichen Philister entgegenzutreten: weil durch Aufhebung der Censur der persönlichen Verleumdung Thor und Thür geöffnet, könne nun Jeder sich in die häuslichen Angelegenheiten seines Nachbarn eindringen, den Frieden seines Hauses stören, seinen sittlichen Charakter, seine Ehre vor ein Forum bringen, bei dem schon die Einleitung des Processes der Verurtheilung gleichkäme.

Darauf ist dreierlei zu erwidern. Einmal schützt die Censur keineswegs vor Eingriffen in das Privatleben, die um so gehässiger ausfallen, je mehr sie sich verstecken müssen. Gerade die sogenannten conservativen Blätter — der Rheinische Beobachter, der Bayard, die Zeitung für Preußen, der Königsberger Freimüthige, die Evangelische Kirchenzeitung u. dgl. haben sich die frechsten Angriffe auf das Privatleben der Männer erlaubt, die sie zu ihren politischen Gegnern zählten. Sodann hebt die Pressfreiheit keineswegs das bestehende Gesetz auf, das die Integrität des Privatmannes schützt, und die Angriffe durch die Presse natürlich mit viel stärkeren Strafen bedroht, als die durch das bloße Wort. Es sind auch eigentlich nur die „hochgestellten Personen,“ die Erdengötter, deren Weisheit vor dem „beschränkten Unterthanenverstand“ und dessen „frecher Verunglimpfung“ sich scheut. Gerade diese sollen aber der Deffentlichkeit preisgegeben werden, und sie mögen sich an Englands großen Staatsmännern ein Muster nehmen — das ist der dritte Punkt —, daß die wirkliche Ehre, die wirkliche Vernunft durch äußerliche Angriffe nicht angetastet werden kann. Die scheinbare Ehre dagegen, die

scheinbare Vernunft soll bloßgestellt werden, Deutschland soll in der That aus den engen Zellen seines beschränkten Privatlebens, in denen es verkümmert, heraus, an das Licht der Dessenlichkeit gerissen werden, denn nur im Sonnenlicht gedeiht der kräftige Baum der Nationalität und des Staates.

Die Pressfreiheit hebt das Gesetz nicht auf. Der Mord wird noch dadurch nicht sanctionirt, wenn man den Gebrauch der Tischmesser und der Scheeren nicht mehr polizeilich beaufsichtigt. Es kommt aber allerdings auf die nähere Bestimmung des Gesetzes an, ob die Presse zu einem erbitterten Guerillakriege gegen das Bestehende gereizt, oder ob sie als anerkannte, und eben daher beschränkte Macht in dem Staatsorganismus aufgenommen wird.

Aber freilich wird nur dann ein gesetzlicher Zustand der Presse hergestellt werden können, wenn ihre Vergehen einem Geschwornengericht anheingestellt werden. Bei der Presse weit mehr, als in irgend einem Institute ist es unmöglich, den Begriff so wie als die Thatsächlichkeit eines Verbrechens zu constatiren. Unsere nach polizeilichen Vorstellungen eingeschulten Richter sind am wenigsten im Stande, den Erguß des Geistes zu messen. Die Jury muß mit der öffentlichen Meinung fortgehen, sie wird den Schriftsteller freisprechen, der seinen Unglauben an die heilige Dreieinigkeit ausdrückt, wenn auch Religionslästerung mit Strafen bedroht ist; der Richter dagegen, der weiter nichts gelernt hat, als das ABC seines Handwerks, der kein anderes Ehrgefühl kennt, als seinen Amtseid, wird ihn zum Staupbesen verurtheilen, und wenn er selber im Herzen, wie in der Praxis der allergeausamste Atheist sein sollte. Das Gesetz soll aber nach dem Geist gehandhabt werden, nicht nach dem Buchstaben. Und das Unglück wird so groß nicht sein, wenn nach ein paar Jahren die gesetzliche Bestimmung und die öffentliche Meinung so stark sein werden, gar keinen Proceß mehr zu bedürfen, weil der vernünftige Staat und die vernünftige Religion auch eine böswillige Presse nicht zu fürchten haben.

Es ist mit der Presse wie mit der ständischen Opposition, der Minorität. In Ländern, wo eine wirklich freie Verfassung herrscht, wo auf gesetzmäßigen Wege, durch die Discussion und die Umbildung der Interessen die Entwicklung der Freiheit gefördert wird, gehört die Opposition mit in den Staatsmechanismus. Sie controlirt durch ihre Kritik die herrschende Gewalt und wird zur treibenden Kraft, wo das Staatsleben in's Stocken geräth. Solche Länder sind England, Nordamerika, Belgien, die Schweiz, wenn auch die beiden letzten bisher wenig productiv in ihrer Presse waren. In revolutionären Ländern dagegen, wo der Fortschritt des Staatslebens sprungweise geschieht, nicht durch organische Entwicklung, wird die Opposition der Presse wie die ständische gefährlich, und die herrschende Gewalt wird sich bestreben, sie rechtlos zu machen. So ist es in den romanischen Nationen, in Frankreich, in Spanien, in Italien. Das ancien régime suchte die Philosophie durch die Polizei zu neutralisiren, die Republik widerlegte den

vieux cordelier und ähnliche bescheidene Oppositionen durch die Guillotine, Napoleon knechtete den Geist auf brutal-militärische Weise, die Restauration kämpfte ungeschickt mit Ordonanzen gegen sie, das Julikönigthum setzte der Presse die Septembegesetze und den Stempel, der ständischen Opposition die Corruption entgegen, und in dem neuesten Frankreich ist das Volk nicht abgeneigt, mißliebigen Journalen den Pressbengel zu zerbrechen. In Spanien wurden trotz aller freisinnigen Gesetze alle Augenblicke die Journale confiscirt, die ständische Opposition militärisch aufgehoben. Zu Espartero's Zeit war kein Moderado in den Cortes, ein Monat darauf verwandelte sich der Congreß, und hatte in sich nur Einen Progressisten, der ein Paar Jahre hindurch die Hälfte der Spanier vertreten mußte. —

Jede Revolution hat etwas Unnatürliches, die Gewalt gründet sich nicht auf die unbezwingliche Macht der Verhältnisse, sondern auf einen Handstreich; sie wird also auch einen Handstreich gegen die Gegner nicht für unerlaubt halten. Dabei wollen wir nicht verkennen, daß in dem neuen Frankreich die Civilisation und der Liberalismus doch zu sehr feste Wurzeln gefaßt haben, als daß wir nicht wenigstens hoffen sollten, das neue Regiment werde den geseglichen Fortschritt, die gesegliche Opposition anerkennen.

Wie steht es nun in dieser Hinsicht mit Deutschland?

Offenbar ist das deutsche Volk kein revolutionäres; es hat Geduld, mehr als gerade unbedingt nöthig ist, es ist von einem Sinn für Geseglichkeit durchdrungen, wie selten ein anderes. Man kann in Deutschland der Opposition freien Spielraum gönnen, von dieser Seite ist keine Gefahr.

Nur zweierlei ist es, wofür die deutsche Presse sich zu hüten hat. Einmal ist sie im Durchschnitt zu abstract idealistisch, dann zu wenig national: es fehlt die Basis der öffentlichen Meinung, welche jeden Einzelnen trägt, der einzelne Schriftsteller ist autonom, er fängt in seinen Ideen jedesmal mit Erschaffung der Welt an, und endigt mit einem selbstgeschaffenen Paradies, mit der Romantik antediluvianischer Zustände, oder mit einem Himmel, wo alle Menschen 5'4" groß, alle Haare blond, und alle Geister gleich sind.

Klagt darum nicht das deutsche Volk an, wenigstens nicht direct; die Verhältnisse sind Schuld. Wenn die Regierung das Staatswesen in geheimer Kammer betreibt und es vor dem Volke verschlossen hält, was soll die Presse anders thun, als — träumen? Und geträumt hat sie mit großer Ausdauer, von dem umgekehrten Idealismus des Berliner politischen Wochenblattes an bis zu den republikanischen Phantasten der Rheinischen Zeitung.

Wie soll ferner die Presse national sein, wie soll sie eine allgemeine, sittliche Grundlage finden, wenn die Stimme des Volkes, seine freie Organisation systematisch unterdrückt wird, wenn man nach einer verrückten Doctrin die Staaten, die Provinzen von einander abschließt, den Sachsen auf den Preußen, den Preußen

auf den Schwaben hegt, wenn man mit eigensinnigem Professordünkel das Eigenthümliche, Particuläre um so mehr pflegt, je verdrehter es ist!

Es hilft nichts, die Presse aufzufordern, sich selbst zu controliren; nicht in inhaltlosem Radicalismus sich zu verflüchtigen, nicht in eigensinnige Particularität sich zu verstocken. Die Verhältnisse werden gut machen, was die Verhältnisse verkehrt haben.

Die Deffentlichkeit der Stände, der Gerichte, des Staatslebens überhaupt wird den Schriftstellern gesunden Stoff geben, in der Objectivität des wirklichen politischen Wesens finden die Abstractionen des Radicalismus keinen Raum. Die wirkliche Vereinigung der Deutschen wird ihrer Presse die sittliche Grundlage geben, die ihrem bisherigen Treiben gefehlt hat. Die Phantasterei und die Kleinstädtereier werden zugleich aufhören.

Es wird ein schöner Tag für Deutschland kommen; nach unsern Kräften wollen wir dahin wirken, ihn herbeizuführen.